



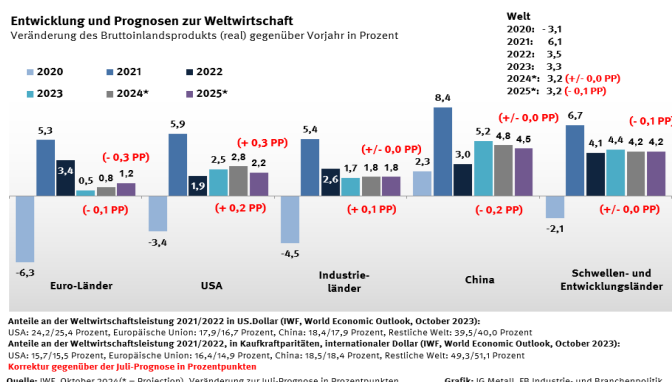
Wirtschaft Aktuell

Stabiles globales Wachstum in schwierigem Umfeld

Der Internationale Währungsfonds gibt Entwarnung. Die Inflationsraten sinken. Global wird die Wirtschaftsleistung trotz des herausfordernden Umfelds immerhin stabil um 3,2 Prozent in 2024 und 2025 zulegen. Am kräftigsten legen die Schwellen- und Entwicklungsländer zu; darunter China mit 4,8 Prozent in diesem und 4,5 Prozent im nächsten Jahr – unterstützt mit expansiven geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen. Die USA treiben unter den Fortgeschrittenen Ländern mit plus 2,8 Prozent 2024 das Wachstum. Das Wachstum im Euroraum (2024: plus 0,8 Prozent) wird durch die stagnierende deutsche Wirtschaft gebremst. Die deutsche Hoffnung bleibt der private Konsum, der durch steigende Beschäftigung und Realeinkommen zulegen soll. Hohe Zinsen, Unsicherheit und eine restriktive Fiskalpolitik bremsen die Investitionen in Deutschland.

Die Globalökonomie soll gemäß der aktuellen Projektion des Internationalen Währungsfonds (IWF) für 2024 und 2025 nahezu unverändert um jeweils 3,2 Prozent zulegen. Angesichts der multiplen Krisen, sinkender – in manchen Ländern noch hoher – Inflationsraten und restriktiver Geldpolitik sowie kaum kalkulierbaren (geopolitischen) Risiken ist die stabile Wachstumsrate beachtlich, auch wenn sie im historischen Vergleich niedrig ausfällt.

Die höchsten Wachstumsraten finden sich unter den Schwellen- und Entwicklungsländern, deren Wirtschaftsleistung 2024 und 2025 um jeweils 4,2 Prozent zulegen wird. Zwar reduzierte der IWF seine Erwartung für China für 2024 gegenüber der Juli-Prognose um 0,2 Prozentpunkte, dennoch fällt der Zuwachs mit 4,8 Prozent angesichts der noch nicht überwundenen Folgen der Immobilienkrise sowie der schwachen Konsumententwicklung verhältnismäßig hoch aus. Stabilisierend wirken der sich erholende Export sowie die Geld- und Fiskalpolitik: Niedrige Zinsen, die Refinanzierung von Geschäftsbanken, Zuschüsse für Konsum und Wohnungsbau sowie Steuersenkungen sollen die Konjunktur beleben.



Unter den Fortgeschrittenen Ländern treiben vor allem die USA nach einer deutlichen Aufwärtskorrektur das Wachstum mit plus 2,8 Prozent im Jahr 2024 und weiteren plus 2,2 Prozent im Jahr 2025.

Die zu erwartenden Wachstumsraten der Euroländer wurden nochmals nach unten revidiert. 2024 wird nicht einmal ein Prozent Plus erreicht und eine Korrektur um minus 0,3 Prozentpunkte führt dazu, dass auch 2025 nur etwas mehr als ein Prozent zu erwarten ist. Die Flaute der deutschen Wirtschaft lastet als größtes Mitgliedsland der Währungsunion auf dem Gesamtergebnis. Die Veröffentlichung der Oktober-Prognose des Internationalen Währungsfonds bestätigt damit bereits vorliegende andere Prognosen: **Die deutsche Wirtschaft kommt kaum von der Stelle und nimmt im globalen Vergleich mit den anderen großen Fortgeschrittenen Ländern aufgrund einer stagnierenden Wirtschaftsleistung im Jahr 2024 und einem nur schwachen Zuwachs im kommenden Jahr um 0,8 Prozent einen der letzten Plätze ein. Aus Sicht des IWF brems vor allem die anhaltende Schwäche des Verarbeitenden Gewerbes sowie der Konsolidierungskurs der deutschen Fiskalpolitik die Wirtschaftsleistung.**

Unter den Euroländern haben vor allem Länder rund um das Mittelmeer die besten Wachstumsperspektiven. Darunter Spanien, Griechenland und Portugal. Sie wachsen mit dem sich immer noch von der Corona-Krise erholenden Tourismus. Italiens BIP wird durch das Verarbeitende Gewerbe gebremst. Stabilisierend wirken Mittel aus dem EU-Covid-19-Erholungsplan.



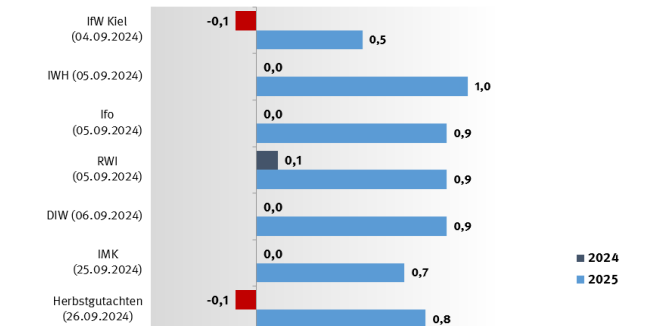


Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihren Herbstprognosen die erwarteten Wachstumsraten für Deutschland für 2024 und 2025 nach unten korrigiert. So wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr vermutlich stagnieren, oder – geringfügig – um 0,1 Prozent schrumpfen. Damit wird sich die seit Jahresende 2022/23 anhaltende Seitwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft zunächst fortsetzen. Im kommenden Jahr wird die Wirtschaftsleistung um etwa knapp ein Prozent zulegen. 2026 könnte ein Plus von etwas über einem Prozent erreichbar sein (Herbstgutachten: plus 1,3 Prozent).

Institutsprognosen für Deutschland 2024 und 2025

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent

2023: -0,1 Prozent*



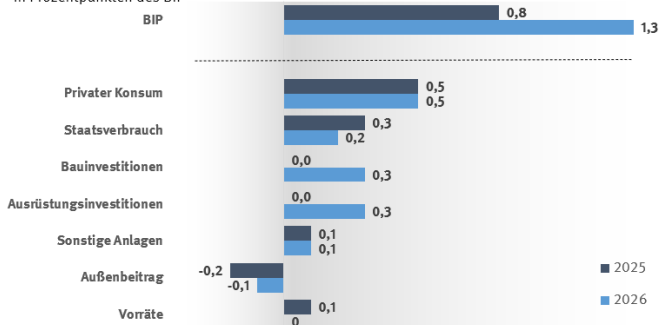
Quelle: Prognosen der Institute, *Destatis

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Unverändert gehen die Institute in ihrem Herbstgutachten davon aus, dass der **private Konsum den größten Wachstumsbeitrag** in diesem und in den nächsten zwei Jahren liefern wird (2025 und 2026 plus 0,5 Prozentpunkte). Zu diesem Ergebnis trägt bei, dass sich die Beschäftigung in Deutschland weiterhin positiv entwickeln wird – so die Annahme der Institute. Die Zahl der **Erwerbstätigen** steigt von 46,18 Millionen (2024) auf 46,23 Millionen (2026) – ein neues Rekordniveau. Darüber hinaus gehen die Institute davon aus, dass die **Realeinkommen** sowohl 2024 als auch in den beiden kommenden Jahren zulegen werden (nominale Effektivlöhne/Stunde: +4,9%, +2,8%, +2,5%, Verbraucherpreise: +2,2%, +2,0%, +2,2%). Sowohl die **Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen** bremsen im Jahr 2024 das Wachstum sehr deutlich um minus 0,4 Prozentpunkte (BIP-Wachstum 2024: -0,1 Prozent). 2025 und 2026 dürften sich die Investitionen mit den sinkenden Zinssätzen im Zuge der Lockerung der Geldpolitik etwas beleben und jeweils 0,3 Prozentpunkte zum Wachstum beitragen.

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP 2025/2026

in Prozentpunkten des BIP



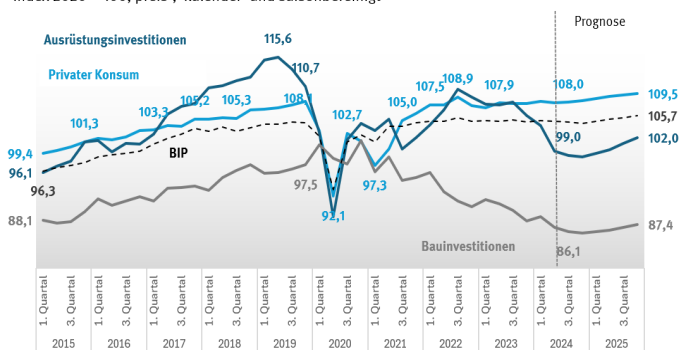
Quelle: Herbstgutachten, 26. September 2024

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Sollten die Prognosen für dieses und das nächste Jahr eintreffen, dürfte die deutsche Wirtschaftsleistung gegen Ende 2025 – und damit nach sechs Jahren – das Niveau vor Ausbruch der Corona-Krise im vierten Quartal 2019 um etwa 1,1 Prozentpunkte übertreffen. Zu diesem Zeitpunkt wird der **private Konsum** das Vorkrisenniveau ebenfalls minimal um 1,4 Prozentpunkte übersteigen, vorausgesetzt die realen Entgelte legen wie angenommen zu und der Arbeitsmarkt bleibt weiter robust. Trotz des Rückgangs des **Außenhandels** im Jahr 2023 werden wegen der erwarteten Belebung die Exporte Ende 2025 immerhin etwa 5,5 Prozent und die Importe sogar 8,3 Prozent über dem Vorkrisenniveau liegen. Dramatisch ist die Perspektive für die Entwicklung der **Ausrüstungs- und Bauinvestitionen**. Sie werden zu diesem Zeitpunkt das Vorkrisenniveau noch deutlich unterschreiten. Bei den Investitionen in Maschinen und Anlagen (Ausrüstungsinvestitionen) beträgt die Differenz 13,6 und bei den Bauinvestitionen 10,1 Prozentpunkte.

BIP, Private Konsumausgaben, Ausrüstungsinvestitionen und Bauinvestitionen

Index 2020 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Destatis, Herbstgutachten, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Die **unbefriedigende Investitionsentwicklung** ergibt sich aus den im Zuge der Inflationsbekämpfung durch die EZB gestiegenen Zinssätzen und aus einer um sich greifenden Verunsicherung – unter anderem auch verursacht durch unklare politische Rahmenbedingungen. Damit verzögert sich die notwendige Modernisierung und Erweiterung des privaten Kapitalstocks und der Infrastruktur mit Blick auf die Anforderungen der digital-ökologischen Transformation, was in Folge die Produktivität belastet. Außerdem verschärft sich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Darüber hinaus spiegelt sich in der mangelnden Investitionsbereitschaft die Auftragsschwäche, die aktuell vor allem die Industrieproduktion mindert. **Unklar ist, wie groß der Anteil konjunktureller bzw. struktureller Einflüsse ist.**

Die 2024 und 2025 auf Konsolidierung ausgerichtete deutsche Finanzpolitik trägt zu der sehr verhaltenen Wirtschaftsentwicklung bei. Dabei ist die Notwendigkeit eines umfassenden Investitionsprogramms zur Unterstützung der digital-ökologischen Transformation weithin akzeptiert. Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von Berechnungen zum Investitionsbedarf. Zur Finanzierung fordern die DGB-Gewerkschaften unter anderem eine Reform der Schuldenbremse, ergänzt durch ein Sondervermögen. **Und selbst der IWF empfiehlt, die nationalen Fiskalregeln moderat zu lockern, um mit einem höheren Defizit dem steigenden Ausgabenbedarf zu begegnen (Country Report 2024).**